



Bayerischer
Bezirketag

Bayerischer Bezirketag
Ridlerstraße 75
80339 München
T. 089/21 23 89-0
info@bay-bezirke.de

Ausgabe 2/ 2025

Bezirketag.info

Aus dem Inhalt

**Psychiatrische Versorgung in Bayern:
Daten, Entwicklungen und Perspektiven**
Zweiter bayerischer Psychiatriebericht ist erschienen

**Krisendienste Bayern: 97.816 telefonische
Kriseninterventionen im Jahr 2024**
Bezirketagspräsident Franz Löffler: „Ein offenes Ohr und
ein unkomplizierter Zugang zu professioneller Hilfe bei
psychischen Krisen“

Zeit auch als Ausdruck von Vertrauen
Zum Verhältnis zwischen kommunalem Spitzenverband
und Bayerischer Staatsregierung
*Gastbeitrag Prof. Dr. Ursula Münch, Akademie für
Politische Bildung Tutzing/Universität der Bundeswehr
München*

Gesundheit

Psychiatrische Versorgung in Bayern: Daten, Entwicklungen und Perspektiven.	3
Stimme der Patientinnen und Patienten stärken	4
Konferenz der Pflegedirektorinnen wählt Sprecherinnen.	5
Krisendienste Bayern: 97.816 telefonische Kriseninterventionen im Jahr 2024	6

Soziales

Neuer Rahmenvertrag Frühförderung.	7
---	---

Bayerischer Bezirkstag

Vollversammlung 2025 in Bad Gögging.	8
Vollversammlung des Bayerischen Bezirkstags: Fachtag „50 Jahre Psychiatrie-Enquête“	9

Gastbeitrag Kommunale Spitzenverbände

Zeit auch als Ausdruck von Vertrauen.	11
--	----

Bildungswerk Irsee

Innovative Psychiatrische Pflege	14
7. Symposium der Gesundheitsunternehmen der bayerischen Bezirke zum Thema „Transition“	15
Stolpersteine für Kloster Irsee	16

Impressum

Herausgeber:
Bayerischer Bezirkstag
Ridlerstraße 75
80339 München
089 21 23 89 0
info@bay-bezirke.de
www.bay-bezirke.de

Verantwortlich für den Inhalt:
Celia Wenk-Wolff,
Stv. Geschäftsführendes
Präsidialmitglied

Redaktion:
Michaela Spiller

Erscheinungstermin:
8. August 2025

Psychiatrische Versorgung in Bayern: Daten, Entwicklungen und Perspektiven

Zweiter bayerischer Psychiatriebericht ist erschienen

Eine kontinuierliche und systematische Berichterstattung zur gesundheitlichen Entwicklung auf Bevölkerungsebene ist maßgebend, um negative Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und Entwicklungen aussagekräftig abzubilden. Entsprechend legt Artikel 4 des Bayerischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes (BayPsychKHG) fest, dass die Staatsregierung alle drei Jahre dem Landtag einen Bericht über die Situation der psychiatrischen, psychotherapeutischen und psychosomatischen Versorgung in Bayern vorzulegen hat. Der Bayerische Psychiatriebericht hat sich mittlerweile zu einem zentralen Instrument der psychiatrischen Versorgungsplanung und -beobachtung im Freistaat Bayern entwickelt.

Die aktuellste Ausgabe stellt dabei jeweils den Stand der psychiatrischen Versorgung zum Zeitpunkt der Datenerhebung dar und beinhaltet auch Rückblicke auf vergangene Entwicklungen sowie Ausblicke auf künftige Herausforderungen. Ziel ist es, eine datengestützte Bestandsaufnahme der psychiatrischen Versorgungslage im Land zu liefern und Entwicklungen, Bedarfe sowie Herausforderungen transparent darzustellen.

Auch wenn es sich um eine materialreiche Sammlung handelt, greift der Bericht im Wesentlichen auf Routinedaten der Akteure in Bayern zurück und kann so auf Sondererhebungen verzichten, die zusätzlichen Aufwand bei den Akteuren verursachen würden. Neben epidemiologischen Daten zur seelischen Gesundheit der bayerischen Bevölkerung und exemplarischen Projekten finden sich in dem Bericht übersichtliche Zusammenfassungen von Versorgungssituationen. Auch Betroffenenstimmen wurden eingeholt. Zusammen mit der Beratung des Berichts durch einen für die Psychiatriebericht-erstellung eingerichteten Beirat ist dies ein wichtiges Element einer partizipativen Berichterstattung.

Der Bayerische Bezirketag hatte mit Unterstützung der bezirklichen Gesundheitsunternehmen und der

Sozialverwaltungen der Bezirke zahlreiche Anpassungsvorschläge im Entwurf gemacht. Nicht alle Anmerkungen und Berichtigungsvorschläge wurden übernommen, zum Beispiel wäre eine angemessenere Darstellung des Versorgungsanteils der Psychiatrischen Institutsambulanzen wünschenswert gewesen. Letztlich handelt es sich um einen Bericht der Staatsregierung.

Thematisch spannt der zweite Bericht einen noch weiteren Bogen auf als der erste Bericht. Das reicht von klinischen Aspekten bis hin zu Risikofaktoren wie Einsamkeit oder Klimawandel und Folgen wie der politischen Radikalisierung. Neu gestreift werden unter anderem die Themen Autismus, psychische Gesundheit von Wohnungslosen, Gewaltschutz, postpartale Depressionen, Kinder psychisch kranker Eltern, Migration und Flucht, Post-COVID und Stigmatisierung. In dieser Breite ist der Bericht in Deutschland einzigartig. Sowohl der periodengerechte Überblick wie auch die zahlreichen Aufbereitungen sind für die verschiedenen Aspekte der bezirklichen Arbeit in den Kliniken und den Verwaltungen ebenso wie für die Politik eine unverzichtbare Planungs- und Steuerungsgrundlage.

Spätestens im Rahmen eines dritten bayerischen Psychiatrieberichts wird man sich auch evaluativen Aspekten widmen müssen. Dabei könnte auch vor dem Hintergrund der demnächst erwarteten Grundsätze der Bayerischen Staatsregierung zur Unterstützung und Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen betrachtet werden, welche Ableitungen aus den in den Grundsätzen genannten Leitorientierungen erfolgt sind und wie sich diese in dem Bericht niederschlagen. Der Bayerische Psychiatriebericht steht öffentlich und kostenfrei zur Verfügung. [Zum Download.](#)

Celia Wenk-Wolff
Referentin Bayerischer Bezirketag
c.wenk-wolff@bay-bezirke.de

Stimme der Patientinnen und Patienten stärken

Patientenfürsprechertag beim Bayerischen Bezirketag

Im Mai 2025 war es wieder soweit: Die Patientenfürsprechenden aus den bezirklichen Gesundheitseinrichtungen trafen sich zu ihrer jährlich stattfindenden Tagung – und das mit einem vielseitigen Programm, engagierten Gästen und viel Raum für kollegiale Fragen und Diskussionen.

Im Gespräch mit dem Patienten- und Pflegebeauftragten

Gleich zu Beginn des Treffens fand einer der Höhepunkte statt: Der Patienten- und Pflegebeauftragte der Bayerischen Staatsregierung Thomas Zöllner, MdL, diskutierte in offener Atmosphäre mit den Teilnehmenden über aktuelle Herausforderungen aus ihrer Praxis. Die Diskussion verdeutlichte, wie wichtig die Schnittstelle zwischen Patientenschutz, Fürsprache und gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen ist. Besonders positiv war, dass Thomas Zöllner sich viel Zeit nahm und konkrete Handlungsschritte aus dem Gespräch erfolgten. So findet im Herbst ein gemeinsames Treffen mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention des Bayerischen Landtags, Bernhard Seidenath, MdL, zu zentralen nötigen Änderungen bzgl. gesetzlicher Änderungen der Patientenfürsprache statt.



*Der Patienten- und Pflegebeauftragte Thomas Zöllner, MdL, nahm sich viel Zeit für die Anliegen der Patientenfürsprecherinnen und -fürsprecher.
Foto: Katrin Wuckelt*

„Ihre Fragen – Ihre Antworten“: Austausch aus der Praxis für die Praxis

Im Anschluss stand der direkte Erfahrungsaustausch der Patientenfürsprechenden im Fokus. Unter dem Motto „Ihre Fragen – Ihre Antworten“ diskutierten die Expertinnen und Experten alltägliche und bedeutsame Themen, wie z. B. Raumsituationen für Patientinnen und Patienten oder auch die Probleme der fehlenden Schweigepflichtsentbindung. Die Diskussion zeigte: Es gibt keine einfachen Antworten – aber viele wertvolle Hinweise, wie individuell und kreativ mit herausfordernden Situationen umgegangen werden kann.

Impulse zur Fort- und Weiterbildung

Mit Hajo Neu und Heinz Loest vom Bundesverband Patientenfürsprecher in Krankenhäusern e. V. (BPIK) waren zwei erfahrene Referenten zu Gast, die über aktuelle und zukünftige Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Patientenfürsprechende informierten. Sie betonten, wie wichtig Qualifizierung, Reflexion und Vernetzung für die wachsenden Anforderungen in diesem Ehrenamt sind – und motivierten zur aktiven Teilnahme an der Veranstaltung und auch zur Mitgestaltung zukünftiger Angebote.

Gemeinsame Perspektiven – familiär verbunden

Zum Abschluss blickte die Runde nach vorn: Für 2026 ist eine gemeinsame zweitägige Tagung der Patientenfürsprechenden in Planung. Sie soll dem fachlichen Austausch ebenso dienen wie dem persönlichen Austausch und der Stärkung des Netzwerks – ganz im Sinne eines familiären Gefüges, das durch Vertrauen, Vielfalt und gemeinsame Verantwortung geprägt ist.

*Dr. Kathrin Steinbeißer
Referentin Bayerischer Bezirketag
k.steinbeisser@bay-bezirke.de*

Konferenz der Pflegedirektorinnen wählt Sprecherinnen

Steffen Wehrle und Lena Heyelmann bilden gemeinsam eine starke Stimme für die Pflege

Ein bedeutender Schritt in der weiteren Gründungsphase der Konferenz der Pflegedirektorinnen bezirklicher Gesundheitseinrichtungen (KPG) war auf dem dritten Treffen der Mitglieder die Wahl eines Sprecherinnen-Teams. Mit Steffen Wehrle (GeBo) und Lena Heyelmann (kbo-Heckscher-Klinikum) übernehmen zwei erfahrene Leitungen die Verantwortung, die KPG als Erstes nach außen zu vertreten. Sie werden die Gruppe strategisch weiterentwickeln, politische Kontakte pflegen und die kommenden Treffen koordinieren. Ein starkes Tandem für eine starke Stimme der Pflege.



Die neuen KPG-Sprecher Steffen Wehrle (GeBo) und Lena Heyelmann (kbo-Heckscher-Klinikum) mit Referentin Dr. Kathrin Steinbeißer (links im Bild). Foto: Katharina Hering

Das Motto: Vielfalt, Verantwortung und weitere Vernetzung

Auf dem Treffen standen erneut zentrale Themen der Pflegepraxis und -politik im Mittelpunkt, wie etwa die aktuellen Entwicklungen der „Personalausstattung Psychiatrie und Psychosomatik-Richtlinie“ (PPP-RL). Auch zukünftige Gesetze wie das zu erwartende Pflegeassistenteneinführungsgesetz und das Pflegekompetenzgesetz sowie deren Auswirkungen für die Praxis diskutierten die Pflegedirektorinnen.

Eigeninitiative und kollegiales Lernen

Besonders wichtig ist der KPG auch der kollegiale Austausch: Ob Fragen zur fachlichen Weiterqualifizierung von Pflegenden, Prüfungsentgelten oder auch organisatorischen Themen zu Leitungsaufgaben: Die Vielfalt der Beiträge zeigte, wie stark das Prinzip „Voneinander profitieren und Gemeinsam lernen“ die Zusammenarbeit von Beginn an prägt. Die Pflegedirektorin Ines Otte fasst das Treffen gekonnt zusammen: „Toll, wie unterschiedlich wir sind – und doch so gemeinsam arbeiten!“

Dr. Kathrin Steinbeißer
Referentin Bayerischer Bezirktag
k.steinbeisser@bay-bezirke.de

Krisendienste Bayern: 97.816 telefonische Kriseninterventionen im Jahr 2024

Bezirketagspräsident Franz Löffler: „Ein offenes Ohr und ein unkomplizierter Zugang zu professioneller Hilfe bei psychischen Krisen“

Auch im Jahr 2024 sind die Anruftzahlen der Krisendienste erneut gestiegen. Insgesamt 97.816 Telefonate führten die sieben Leitstellen der Krisendienste im Jahr 2024 mit Menschen in seelischer Not. Zudem führten die Mobilien Einsatzteams der Krisendienste 3.834 persönliche Kriseninterventionen durch. Hierbei fahren die Teams zu der ratsuchenden Person oder treffen sich mit ihr an einem geeigneten neutralen Ort.

Die Entwicklung der Anrufstatistik macht deutlich: Die Krisendienste Bayern sind eine wichtige und niedrigschwellige Anlaufstelle sowohl für Menschen in seelischen Krisen selbst als auch für deren Angehörige. Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirketags, ist stolz auf die Entwicklung: „Menschen in psychischen Krisen brauchen vor allem zwei Dinge: Ein offenes Ohr und einen unkomplizierten Zugang zu professioneller Hilfe. Mit den Krisendiensten Bayern haben die Bezirke gemeinsam mit dem Freistaat ein Angebot geschaffen, das genau das leistet. Der erneute Anstieg der Anruftzahlen zeigt für mich, wie richtig und wichtig diese Entscheidung war und ist.“

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach betonte: „Bayern setzt sich mit einer Vielzahl an Maßnahmen für Menschen mit psychischem Hilfebedarf ein. Unsere Krisendienste sind in dieser Form bundesweit einmalig. Mit der täglichen Erreichbarkeit rund um die Uhr für alle Bürgerinnen und Bürger in psychischen Krisen und für Menschen aus deren Lebensumfeld sind sie richtungsweisend.“

Martin Guth, Sprecher der sieben Leitstellen der Krisendienste Bayern, erläutert den Wert der Krisendienste für die Anruferinnen und Anrufer: „Psychische Krisen sind Tiefpunkte im Leben. Oft fühlt man sich darin allein, überfordert, verloren. Wenn in

dieser Situation jemand da ist, der zuhört, ohne zu bewerten und hilft, die eigenen Gedanken zu sortieren, dann kann das verschüttete Kräfte aktivieren und Zuversicht schenken. Es ist oft der Moment, in dem die Betroffenen das Licht am Ende des Tunnels sehen und merken: Ja, da ist noch ein Stück zu gehen – aber jetzt kenne ich den Weg und ich weiß, dass ich es schaffen kann.“

Die Krisendienste Bayern sind telefonisch in ganz Bayern unter 0800 / 655 3000 erreichbar – jeden Tag, rund um die Uhr, kostenfrei. Menschen in psychischen Krisen erreichen hier Fachkräfte der Fachrichtungen Psychologie, Sozialpädagogik, Fachkrankenpflege Psychiatrie. Auch Angehörige, Fachstellen, sowie die Polizei und Kreisverwaltungsbehörden können sich an die Krisendienste Bayern wenden. Eine Besonderheit der Krisendienste Bayern sind die mobilen Teams: Sie entlasten in dringenden Fällen am Ort der Krise. Sollte nach der telefonischen oder persönlichen Krisenintervention weiterführende Hilfe erforderlich sein, vermitteln die Krisendienste Bayern an das individuell passende Angebot im Versorgungssystem. Die Krisendienste Bayern werden von den sieben Bezirken in Bayern getragen sowie vom Freistaat Bayern und den Bezirken finanziert. Mehr über die Krisendienste Bayern: www.krisendienste.bayern

Die Jahresberichte 2024 der sieben Krisendienste sowie das Faktenblatt, das ausgewählte Statistiken zusammenfasst, finden Sie auf der [Website der Krisendienste Bayern](#).

Katharina Hering
Referentin Bayerischer Bezirketag
k.hering@bay-bezirke.de

Neuer Rahmenvertrag Frühförderung

Neuaufgabe des Vertragswerks ist zum 1. Juli 2025 in Kraft getreten

Interdisziplinäre Frühförderstellen (IFS) unterstützen Kinder, die Probleme in ihrer motorischen, kognitiven oder sozialen Entwicklung oder eine Behinderung haben. Früherkennung und frühe Förderung sind wichtig, um Behinderungen zu vermeiden oder die Folgen von Behinderungen zu mildern.

Bereits seit dem 1. August 2006 regelt in Bayern ein Rahmenvertrag die heilpädagogisch und medizinisch-therapeutisch Leistungen und die Zusammenarbeit der Akteure. Zwischenzeitlich besteht ein flächendeckendes und ortsnah gut ausgebautes Angebot von derzeit rund 260 Einrichtungen. In den Frühförderstellen werden die Kinder nach eingehender Diagnostik bei Bedarf von Geburt an bis zum individuellen Schuleintritt gefördert und behandelt. Die Komplexleistungen werden in enger Abstimmung zwischen behandelnden Ärztinnen und Ärzten, Frühförderstellen und den Eltern bzw. Sorgeberechtigten der Kinder erbracht. Statt zeitintensiv verschiedene Fachdisziplinen und Einrichtungen aufzusuchen, können hier die unterschiedlichen Behandlungen wie Logopädie, Psychologie oder Ergotherapie spezialisiert und aus einer Hand erfolgen.

Gesetzliche Änderungen durch das Bundesteilhabegesetz machten eine Neuaufgabe des Bayerischen Rahmenvertrages erforderlich. Nach langen Verhandlungen zwischen Krankenkassen und Bezirken als Kostenträgern, der Kassenärztlichen Vereinigung und den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege als Leistungserbringern ist zum 1. Juli 2025 eine neue Fassung des „Rahmenvertrags zur Früherkennung und Frühförderung für Kinder mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Kinder in Interdisziplinären Frühförderstellen in Bayern“ (RVT IFS) in Kraft getreten.

Sie verbessert die Leistungen der Frühförderung durch Neuregelungen bei der ICF-orientierten Neugestaltung des Förder- und Behandlungsplans sowie der Vergütung für die Eingangsdiagnostik. Bislang haben die Krankenkassen diesen Leistungsbestandteil allein finanziert. Die Bezirke beteiligen sich künftig an der Eingangsdiagnostik mit bis zu fünf Behandlungseinheiten (BE) (unter Beibehaltung des Maximums von 72 BE).

- Interner und externer interdisziplinärer Austausch: Der Vertrag stärkt die interdisziplinäre Zusammenarbeit, indem er für die Vernetzungsarbeit der Frühförderstellen mit anderen das Kind betreuenden Institutionen oder Ansprechpartnern (z. B. Kindertagesstätten, Schulen, Beratungsstellen der Offenen Behindertenarbeit oder externe Praxen bei Behandlungsübergang) einen neuen Leistungsblock „externer interdisziplinärer Austausch“ vorsieht, der bei Bedarf pro Kind bis maximal fünf Mal im Kalenderjahr pro Kostenträger mit pauschal 18 Euro abgerechnet werden kann.
- Künftig sind auch interdisziplinäre Gruppen möglich: Diese gab es bisher nur separat nach Professionen (medizinisch bzw. heilpädagogisch) aufgeteilt. Da viele Qualifikationen wie Logopädie oder Physiotherapie für die Frühförderstellen nur noch sehr schwer zu gewinnen sind, bieten die übergreifenden Gruppen die Möglichkeit, dass mehr Kinder vom Einsatz der Fachkräfte profitieren.
- Neuer § 19 zu Vertragsverstößen: Bei Uneinigkeit über Vertragsverstöße besteht die Möglichkeit, einen paritätisch besetzten Vertragsausschuss zur Klärung anzurufen.
- Auf Leistungserbringerseite kommt der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste (bpa) als neuer Vertragspartner hinzu.

Noch in Bearbeitung befinden sich die Vollzugshinweise, die allen Beteiligten nähere Hinweise zur Interpretation des Rahmenvertrags geben. Der neue Rahmenvertrag mit allen Anlagen ist abrufbar über die [Webseite des Bayerischen Bezirketags](#) oder [dem Fachportal für Leistungserbringer der AOK](#). Auf der [Webseite der Arbeitsstelle Frühförderung](#) finden sich neben einem Link zu den Dokumenten Ausfüllhinweise zum neuen Förder- und Behandlungsplan, eine Übersicht über die neuen Leistungsbestandteile und FAQs zum neuen Rahmenvertrag.

Julia Neumann-Redlin
 Referentin Bayerischer Bezirketag
j.neumann-redlin@bay-bezirke.de

Vollversammlung 2025 in Bad Gögging

Bezirketagspräsident Franz Löffler: „Durch mutige Reformen und gesellschaftlichen Zusammenhalt eine gerechte und stabile Zukunft für alle sichern“

Der Sozialstaat steht derzeit unter großem Druck. Angesichts der angespannten finanziellen Lage bei Bund, Ländern und Kommunen, des Fachkräftemangels und der zunehmenden Belastung der Versorgungssysteme betonte Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirketags, auf der diesjährigen Vollversammlung im niederbayerischen Bad Gögging, dass der Handlungsbedarf dringender denn je sei. Seit Jahren gehe die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben immer weiter auseinander. Die kommunalen Haushalte geraten dadurch zunehmend an ihre Belastungsgrenze. „Wir müssen dringend unsere Wirtschaftsleistung stärken. Anderenfalls können wir uns unseren so wertvollen Sozialstaat nicht mehr leisten“, so Löffler.

Darüber hinaus seien mutige Reformen gefragt. Das wurde auch im Austausch mit Ulrike Scharf, Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales, deutlich. Da über 90 Prozent der Ausgaben in den Bezirkshaushalten durch gesetzliche Pflichtleistungen im Bereich der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege definiert seien, müsse man in erster Linie bei den gesetzlichen Vorgaben genauer hinschauen, um mögliche Einsparpotentiale zu identifizieren. „Vor allem bei personellen und baulichen Vorgaben müssen die Gesetzgeber auf Bundes- und Landesebene den Trägern von sozialen Einrichtungen wieder mehr Flexibilität ermöglichen und Vertrauen entgegenbringen. So können Angebote besser an den tatsächlichen Bedarf angepasst werden. Zu strikte und ausdifferenzierte Verordnungen führen zu überbordender Bürokratie und zu einer höheren Kostenbelastung, die - wie wir momentan sehen - ausufer“, forderte Löffler. Er zeigte sich aber vorsichtig optimistisch, da auf Bundesebene der Reformprozess durch den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung angestoßen wurde. „Nun müssen allerdings Worten Taten folgen“, konstatierte Löffler.

Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf ergänzte: „Die bayerischen Bezirke sind das Rückgrat unseres starken sozialen Netzes. Ihre engagierte Arbeit sichert die

Lebensqualität vieler Menschen und stärkt den Gemeinsinn. Die enge Zusammenarbeit mit den Bezirken ist mir wichtig. Gemeinsam ringen wir um die besten Lösungen für Menschen mit Behinderung. Themen wie die Kosten in der Eingliederungshilfe oder die Zukunft der Werkstätten diskutieren wir zusammen - immer zum Wohl der Menschen, konstruktiv, mit Zuversicht und Tatkraft.“



Sozialministerin Ulrike Scharf (Vierte von rechts), Verbandspräsident Franz Löffler (Dritter von rechts) und Innenminister Joachim Herrmann (Zweiter von rechts) mit Präsidium und den Bezirkstagspräsidenten. Foto: Korbinian Huber

Der Bayerische Innenminister, Joachim Herrmann, der in diesem Jahr die Festrede hielt, machte deutlich: "Unsere dritte kommunale Ebene ist mit vielfältigen Aufgabenbereichen befasst. Was dabei geleistet wird, täglich und mit großer Fachkompetenz, ist immens wichtig für den kulturellen und sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Ohne starke Bezirke ist auch ein starkes Bayern nicht denkbar. Wir wollen deshalb gemeinsam dafür sorgen, dass die bayerischen Bezirke ihre wichtigen Aufgaben auch weiterhin so erfolgreich bewältigen – für eine gute Zukunft unseres Landes.,"

Neben der finanziellen Lage und der teils sehr hohen bürokratischen Vorgaben bereitet Franz Löffler vor allem der Fachkräftemangel Sorgen. Aufgrund der demographischen Entwicklung fehle es bereits jetzt an

Arbeits- und Fachkräften. Diese Entwicklung werde sich in den kommenden Jahren weiter zuspitzen.

Verbandspräsident Löffler wies deshalb darauf hin: „Dieser Mangel hat das Potential, die Versorgungssicherheit zu gefährden. Das erschüttert das Vertrauen in den Staat, die Verwaltung und die politischen Mandatsträgerinnen und -träger. Umso wichtiger ist es, dass wir möglichst bald den Herausforderungen der kommenden Jahre begegnen und die Weichen dementsprechend stellen.“ Zudem sei es wichtig, dass man die Solidarität in der Bevölkerung

stärke und man den Menschen - dort, wo es möglich sei - wieder mehr Eigenverantwortung übertrage.

Um den Sozialstaat zukunftsfähig zu machen, müssen alle gemeinsam Verantwortung übernehmen – Politik, Verwaltung und Gesellschaft. Nur durch mutige Reformen und gesellschaftlichen Zusammenhalt könne man eine gerechte und stabile Zukunft für alle sichern. „Ich wünsche mir, dass wir mutig sind. Dass wir nicht verwalten, was zerfällt, sondern gestalten, was trägt“, resümierte Löffler.

Vollversammlung des Bayerischen Bezirketags: Fachtag „50 Jahre Psychiatrie-Enquête“

Bezirketagspräsident Franz Löffler: „Wir brauchen mehr Steuerung und einen gezielten Ressourceneinsatz.“

Die Vollversammlung des Bayerischen Bezirketags beschäftigte sich am 4. Juli auf ihrem Fachtag mit dem Titel „Von der Vision zur Realität – 50 Jahre Psychiatrie-Enquête, und nun?“ mit den aktuellen Herausforderungen der psychiatrischen Versorgung, vor denen auch die bezirklichen Gesundheitseinrichtungen derzeit stehen. Sie blickte außerdem auf die Entwicklung der Psychiatrie in den letzten 50 Jahren zurück. Anlass war das Jubiläum des Abschlussberichts der Psychiatrie-Enquête-Kommission. Der Bericht legte 1975 den Grundstein für eine tiefgreifende Reform der Versorgung psychisch kranker Menschen in Deutschland. Damit begann sowohl ein Wandel in der psychiatrischen Versorgung als auch eine gesellschaftliche Veränderung der Wahrnehmung von psychischen Erkrankungen.

Mitte der 1970er setzten die Bezirke in Bayern noch auf große psychiatrische Krankenhäuser an wenigen, zentralen Standorten. Mit der Psychiatrie-Reform begannen sie, die psychiatrische akutstationäre Versorgung zu regionalisieren. Im Jahr 2025 halten die bezirklichen Gesundheitsunternehmen mittlerweile an über 65 Standorten psychiatrische, kinder- und jugendpsychiatrische sowie psychosomatische Einrichtungen vor. Neben der stationären Versorgung stehen auch zahlreiche teilstationäre wie ambulante

Angebote zur Verfügung. Mit den psychiatrischen Institutsambulanzen nimmt Bayern in ganz Deutschland sogar eine Vorreiterrolle bei der Ambulantisierung von psychiatrischen Versorgungsleistungen ein. „Unsere Kliniken haben die Psychiatrie zu den Menschen gebracht. Die wohnortnahe Versorgung war ein wichtiger Schritt in die Normalisierung und Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen,“ machte Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirketags, in seinem Vortrag deutlich. Darüber hinaus verantworten die Bezirke als Kostenträger ein dichtes Netz an psychosozialen Angeboten, für das sie jährlich über 500 Millionen Euro aufwenden.

Dennoch seien die aktuellen Herausforderungen ungewöhnlich groß, so Löffler. Während die Nachfrage nach psychiatrischer und psychotherapeutischer Versorgung stetig steige, sei die aktuelle wirtschaftliche Situation extrem angespannt. Auch der Fachkräftemangel werde sich in diesem Bereich noch weiter zuspitzen. Für Präsident Löffler ist deshalb klar: „Ein „Weiter so“ und einen Ausbau an Angeboten können wir uns nicht leisten. Wir brauchen mehr Steuerung und einen gezielten Ressourceneinsatz. Nur so können wir die psychiatrische wie die sozialpsychiatrische Versorgung wirtschaftlich nachhaltig und demografiefest gestalten.“

Dabei müsse man den Fokus auch auf die schwer chronisch psychisch Kranken mit herausfordernden Verhaltensweisen legen. Hier handele es sich um eine im Verhältnis zur Gesamtzahl der psychisch Erkrankten relativ kleine Gruppe, deren Verhalten jedoch immer wieder gesellschaftliche Debatten auslöse. Gerade in diesem Bereich fehle es an Angeboten sowie an Fachkräften. „Die Unterstützungsangebote müssen daher vorrangig die Bedürfnisse der Schwächsten priorisieren“, so Löffler.

Dennoch dürfe man nicht den Großteil der psychisch kranken Menschen aus den Augen verlieren. Hier sieht Präsident Löffler vor allem in präventiven Maßnahmen und niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten für die seelische Gesundheit eine große Chance. Die regionale Vernetzung und eine gemeinsame

Verantwortung der verschiedenen Akteure sowie der kommunalen Ebenen für die Förderung der seelischen Gesundheit und das Verringern von Belastungsfaktoren sind wichtige Schritte in den verschiedenen Lebenskontexten aller Bürgerinnen und Bürger zur Verbesserung der Lebensqualität aller. „Die Psychiatrie-Enquête legte vor 50 Jahren den Grundstein für ein neues Bild psychisch erkrankter Menschen. Nicht als passive Empfänger, sondern als aktive Mitgestalter ihrer Heilung und Lebensführung. Das ist auch eine wesentliche Grundlage moderner Selbstfürsorge. Hier ist jede und jeder gefordert. So gut wir jeweils können, müssen wir bei uns selbst anfangen,“ erklärte Löffler.

Michaela Spiller

Referentin Bayerischer Bezirkstag

m.spiller@bay-bezirke.de

Aus der kommunalen Familie

Die vier bayerischen Kommunalen Spitzenverbände (Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Städtetag, Bayerischer Landkreistag und Bayerischer Bezirkstag) vertreten die Interessen der unterschiedlichen kommunalen Ebenen in Bayern. Um den vielfältigen und großen Herausforderungen der kommenden Jahre begegnen zu können, braucht es ein Miteinander von Bund, Freistaat und Kommunen. Das Einbeziehen der kommunalen Expertise ist dabei ein wichtiger Baustein bei Gesetzesvorhaben. Denn in den Kommunen zeigen sich gesellschaftliche Problemlagen und deren Folgen zuerst. Wirtschaftliche Entwicklungen treten hier am sichtbarsten auf. Die Kommunen sind somit wichtige Hinweisgeber, um gesellschaftliche, soziale oder wirtschaftliche Herausforderungen frühzeitig zu erkennen und Folgen von Gesetzesvorhaben einzuordnen. In den vergangenen Jahren musste die kommunale Familie allerdings zunehmend feststellen,

dass Beteiligungsmöglichkeiten immer eingeschränkter zur Verfügung stehen.

Der Bayerische Städtetag hat deshalb auf seiner diesjährigen Vollversammlung den Modus der Zusammenarbeit zwischen den staatlichen und kommunalen Ebenen in den Fokus der Tagung gerückt. Prof. Dr. Ursula Münch, Akademie für Politische Bildung Tutzing/Universität der Bundeswehr München hat das Tagungsthema politikwissenschaftlich eingeordnet und dabei ausgeführt, wieso die Einbeziehung der kommunalen Ebenen in die politischen und gesetzgeberischen Prozesse für unser demokratisches Gemeinwesen so wichtig sind. Da alle Kommunalen Spitzenverbände gleichermaßen von dieser Thematik betroffen sind, wird der Gastbeitrag von Prof. Münch auch in dieser Ausgabe der Bezirkstag.info veröffentlicht.

Zeit auch als Ausdruck von Vertrauen

Zum Verhältnis zwischen kommunalem Spitzenverband und Bayerischer Staatsregierung

Gastbeitrag Prof. Dr. Ursula Münch, Akademie für Politische Bildung Tutzing/Universität der Bundeswehr München

Demokratie beginnt unten – und braucht Vertrauen: Der demokratische Verfassungsstaat Deutschlands ist ein klug austariertes Gefüge, das durch seine gewaltenhemmenden Mechanismen Macht begrenzt, Rechte sichert und Stabilität schafft. Doch nicht nur Parlamentarismus, Föderalismus und Verfassungsgerichtsbarkeit prägen den Verfassungsstaat – auch die kommunale Selbstverwaltung ist ein zentrales Element. In Bayern ist sie besonders tief verankert: Laut der Bayerischen Verfassung dient die kommunale Selbstverwaltung dem „Aufbau der Demokratie von unten nach oben“, und die Bayerische Gemeindeordnung stellt fest, dass die Kommunen „die Grundlagen des Staates und des demokratischen Lebens“ bilden. Demokratie beginnt buchstäblich unten – bei den Menschen, in den Städten und Gemeinden.

Jedes politische System benötigt die grundsätzliche, die sogenannte „diffuse“, Zustimmung eines Großteils seiner Bevölkerung. In autokratischen Systemen kann diese Zustimmung erzwungen werden: durch Indoktrination und Repression. Freiheitliche politische Ordnungen können keine Gefolgschaft verordnen, sondern nur für Unterstützung werben. Sie müssen sich diese durch Glaubwürdigkeit und Leistung erarbeiten. Dabei kommt der kommunalen Ebene eine doppelte Rolle zu: als Ort der Beteiligung und als Bereitstellerin unverzichtbarer Leistungen der Daseinsfürsorge. Das Spannungsverhältnis ist bekannt: Wo viele mitreden, dauern Entscheidungsfindung und Umsetzung länger. Gleichzeitig trägt eine sinnvoll organisierte Einbindung der Bürgerschaft vor Ort zur Zufriedenheit bei und damit auch zur Identifikation mit der eigenen Kommune; davon profitieren alle staatlichen Ebenen.

Staatliche Handlungsfähigkeit in Krisenzeiten

Die Anforderungen an politisch Verantwortliche steigen. Der Klimawandel, die enormen Sicherheitsbedrohungen, der demografische Umbruch sowie die Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des überkommenen bundesdeutschen Wirtschaftsmodells steigern den ohnehin hohen Erwartungsdruck auf Staat und Kommunen. Bewährte Strategien, wie etwa der Versuch, Konflikte durch Geld zu lösen, greifen immer seltener. Die Skepsis gegenüber der Demokratie wächst, populistische Kräfte profitieren. „Die“ Politik muss beweisen, dass der demokratische Verfassungsstaat nicht nur diskussionsstark, sondern auch handlungsfähig ist. Dafür braucht es drei Dinge: eine kluge Prioritätensetzung, realistische Erwartungshaltungen der Bürgerschaft und eine möglichst vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Ebenen. Bürger unterscheiden selten zwischen Bundes-, Landes- oder Kommunalpolitik. Sie erwarten Lösungen und keine gegenseitigen Schuldzuweisungen.

Kommunale Spitzenverbände: Integrationsleistung mit Systemrelevanz

Gerade in Zeiten großer Komplexität braucht es Instanzen, die Interessen bündeln. Die entsprechende Arbeit der kommunalen Spitzenverbände gewinnt auch deshalb noch mehr an Bedeutung, weil die föderale Scharnierfunktion der politischen Parteien durch deren Bedeutungsverlust auf kommunaler Ebene abnimmt. Der Bayerische Städtetag integriert die Erfahrung aller 25 kreisfreien Städte und aller 29 Großen Kreisstädte sowie von über 250 kreisangehörigen Städte, Märkte und Gemeinden im Freistaat Bayern und bringt diese demokratisch legitimierte Expertise gebündelt in die politische Meinungsbildung ein.

Kommunale Spitzenverbände sind also keine x-beliebige Lobbygruppe und schon gar keine Bittsteller, sondern verfassungsrechtlich verankerte Partner des Bayerischen Landtages und der Staatsregierung.

Zwischen der Effizienz des Regierungs- und Verwaltungshandelns und seiner demokratischen Qualität besteht dabei nur scheinbar ein Spannungsverhältnis: Wenn die Beteiligungsrechte der Spitzenverbände ernst genommen werden – mit angemessenen Zeiträumen für Beteiligung statt bloß symbolischer Konsultation – dann verbessert dies zum einen die Qualität des Regierungshandelns und spart zum anderen Ressourcen: Nachbessern dauert und kostet noch mehr Geld.

Ein bemerkenswert kritisches Papier

Das aktuelle [Diskussionspapier des Bayerischen Städtetags zur Vollversammlung 2025](#) ist bemerkenswert offen: Es lobt, es kritisiert, und es formuliert Zweifel – vor allem daran, ob die Staatsregierung die Beteiligungsrechte tatsächlich ernst nimmt. Es benennt konkrete Probleme wie immer wieder ausbleibende Rückmeldungen zu Stellungnahmen, viel zu kurze Fristsetzungen oder mangelhafte Einbindung bei zentralen Gesetzesvorhaben wie der Novellierung der Bayerischen Bauordnung durch das erste Modernisierungsgesetz. Die Offenheit, mit der diese aus Sicht des Bayerischen Städtetages zu beklagenden Fehlentwicklungen angesprochen werden, lässt auf ein tiefer liegendes Problem schließen: Offenbar befürchtet man, dass ein für unseren demokratischen Verfassungsstaat grundlegendes Vertrauensverhältnis beschädigt wird – durch die strukturelle Missachtung kommunaler Erfahrung und verankerter Rechte. Dabei kann der gewünschte Abbau von Überregulierung doch nur dann klappen, wenn dank genau dieser Expertise praxistaugliche Regelungen erlassen werden.

Früher war nicht alles besser – es ist nur länger her

Dass der Wunsch der nachgeordneten Ebene nach Beteiligung immer größer ist als die Bereitschaft der übergeordneten, diese zu gewähren, ist ein bekanntes Phänomen. Diejenigen, die längere Phasen der innerbayerischen Zusammenarbeit überblicken, stellen jedoch eine Verschlechterung im Verhältnis der Staatsregierung zu den kommunalen Spitzenverbänden fest. Sie führen diese auch darauf zurück, dass sich innerhalb der Staatsregierung etwas verändert habe: Das Verhältnis zwischen den Staatsministerien ist in einer Koalitionsregierung ein anderes als in einer Alleinregierung. Wenn sich schon die interne Einigung, also der Ausgleich mit dem Koalitionspartner, aufwendig und zeitraubend gestaltet, dann verstärkt dies die Neigung, die Expertise des Städtetags erst zu einem Zeitpunkt abzufragen, wenn nichts Relevantes mehr geändert werden kann (und soll).

Resonanz statt Arroganz

Eine funktionierende Zusammenarbeit braucht Resonanz im Sinne von gegenseitigem Zuhören, Reagieren und Ernstnehmen. Der Soziologe Hartmut Rosa beschreibt Resonanz als „Ort der Entstehung des Neuen“. Voraussetzung dafür sei nicht zuletzt „das Hören des dezidiert Anderen“. Die kommunale Stimme

ist also nicht Störung, sondern Impulsgeberin. Wenn neue Regeln und Programme frühzeitig mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt werden, profitiert unser Gemeinwesen: von vollziehbaren Gesetzen, weniger Widerstand, mehr Vertrauen. Das ist kein Appell zur „Harmonie auf Teufel komm raus“, sondern die Erinnerung an eine voraussetzungsvolle Annahme des republikanischen Demokratieverständnisses: Das jeweilige Gegenüber hat einem etwas zu sagen, ganz besonders dann, wenn es demokratisch legitimiert ist.

Ein neuer Ton – und ein Appell an das Gemeinsame

In einer Zeit knapper Ressourcen und wachsender Herausforderungen dürfen Staat und Kommunen nicht gegeneinander, sondern müssen miteinander arbeiten. Gerade angesichts des Vordringens extremistischer Kräfte liegt hier eine gemeinsame Verantwortung.

Vertrauen entsteht nicht durch Sonntagsreden, sondern durch ernst gemeinte Beteiligung – in Form rechtzeitiger Anhörung, konstruktiver Rückmeldungen und der wohlbemerkt beidseitigen Bereitschaft, sich auf die Argumente des anderen einzulassen.

Vertrauen ist ein Vorschuss – und eine Investition

Vertrauen zwischen den politischen Ebenen eines Gemeinwesens ist in Krisenzeiten essentiell. Gerade deshalb sollte die Staatsregierung die kommunalen Spitzenverbände als das behandeln, was sie sind: legitimierte Partner im demokratischen Verfassungsstaat. Wer ihr Wissen frühzeitig nutzt, profitiert doppelt – fachlich und politisch. Wer sie ignoriert, verliert mehr als gute Vorschläge: Er riskiert womöglich den Zusammenhalt in einem System, das mehr denn je auf konstruktive Resonanz angewiesen ist.

Innovative Psychiatrische Pflege

Verleihung des Management-Preises der Bundesvereinigung leitender Krankenpflegepersonen in der Psychiatrie im Bildungswerk Irsee

Im Rahmen der 50. Jahrestagung der Bundesvereinigung leitender Krankenpflegepersonen in der Psychiatrie (BFLK) wurde zum zweiten Mal der BFLK-Managementpreis verliehen. Der Preis würdigt außergewöhnliche und herausragende Leistungen im Gesundheits- und Pflegemanagementbereich. Die feierliche Preisverleihung fand jüngst in Kloster Irsee, dem Tagungs-, Bildungs- und Kulturzentrum des Bezirks Schwaben statt.

Die Jubiläumstagung, die in Kooperation mit dem Bildungswerk des Bayerischen Bezirktags organisiert wurde, bot den feierlichen Rahmen für die Ehrung. Gleichzeitig war sie eine Plattform für fachlichen Austausch, interdisziplinäre Vernetzung und zukunftsweisende Impulse für die psychiatrische Pflege in Leitung und Praxis.

Der 1. Preis ging nach Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg: Phoebe Koch vom Evangelischen Klinikum Bethel (Bielefeld) und Ulf Boger vom Klinikum am Weissenhof (Weinsberg) überzeugten die Jury mit ihrem Projekt „Das Gezeiten-Modell in der Kinder- und Jugendpsychiatrie – Adaption und Implementierung eines Recovery-orientierten Versorgungsmodells“. Das Modell steht exemplarisch für eine patientenzentrierte und ressourcenorientierte Versorgung, die Selbstbestimmung und Genesungsorientierung konsequent in die Praxis übersetzt.

Den 2. Platz errang Sebastian Czika vom Zentrum für Psychiatrie Calw Hirsau (Baden-Württemberg). Mit dem Thema „Mitarbeitendenbindung in der Psychiatrie“

setzte er sich mit einem der aktuell drängendsten Themen der psychiatrischen Versorgung auseinander. Seine Strategien zur Personalbindung stärken nicht nur die Teams, sondern sichern langfristig die Versorgungsqualität.

Über einen besonderen Erfolg konnte sich das kbo Inn-Salzach-Klinikum Wasserburg freuen: Der 3. Preis ging an Andrea Rahm. Mit ihrem Projekt „Informationstransfer – Implementierung einer digitalen Informationsplattform für das Pflegeteam der Station PSO3“ zeigt sie eindrucksvoll, wie digitale Werkzeuge den Pflegealltag strukturieren, die interne Kommunikation verbessern und zur Entlastung des Teams beitragen können. Der bayerische Beitrag wurde von der Jury als wegweisend für eine moderne, digital gestützte Pflegepraxis gewürdigt.

Das Bildungswerk Irsee gratuliert allen Preisträgerinnen und Preisträgern sehr herzlich und dankt für ihr Engagement, ihren Innovationsgeist und ihre wertvollen Beiträge zur Weiterentwicklung psychiatrischer Managementpraxis. Mit dem Preis werden bundesweit herausragende pflegerische Projekte sichtbar. Sie regen zur Nachahmung an und stärken die Bedeutung von Leitungshandeln in der psychiatrischen Pflege.

Martin Girke

Bildungsreferent Pflege & Therapeutische Dienste
martin.girke@bildungswerk-irsee.de

7. Symposium der Gesundheitsunternehmen der bayerischen Bezirke zum Thema „Transition“

Für eine bedarfsgerechte Versorgung von jungen Menschen mit psychischen Erkrankungen im Übergang zum Erwachsenenalter“

Wie kann der Übergang von der Kinder- und Jugendpsychiatrie in die Erwachsenen-Psychiatrie im Behandlungsalltag besser gelingen? Mit dieser Frage beschäftigte sich Ende Juni das Symposium der Gesundheitsunternehmen der bayerischen Bezirke im jüdischen Gemeindezentrum in München.

Charlotte Knobloch setzte gleich zu Beginn der mit rund 480 Teilnehmenden ausgebuchten Veranstaltung den Ton: „Wir erleben bewegte, höchst beunruhigende Zeiten. Jüdische Menschen leben in Angst, wie wir sie seit dem Holocaust nicht mehr erlebt haben. Das führt zum Rückzug in die Unsichtbarkeit. Indem Sie bei uns tagen, werden auch wir sichtbar“, bedankte sich die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern bei den Ausrichtern des Symposiums, dem Bayerischen Bezirketag mit seinem Bildungswerk in Irsee und den Gesundheitsunternehmen aller sieben Bezirke im Freistaat, für die Wahl des Veranstaltungsorts in der Landeshauptstadt.

Der Übergang von der Jugend ins Erwachsenenalter ist eine besondere Lebensphase, die körperliche, soziale und emotionale Umbrüche mit sich bringt. „Wir müssen daher eine bedarfsgerechte Versorgung von jungen Menschen mit psychischen Erkrankungen im Übergang zum Erwachsenwerden sicherstellen“, mahnte Bezirketagspräsident Franz Löffler, denn gerade für junge Menschen mit psychischen Erkrankungen bedeutet diese Zeit eine besondere Herausforderung. Zudem kann der Wechsel von der Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJP) in die Erwachsenenpsychiatrie zu Unterbrechungen in der Versorgung führen. Dies betrifft auch junge, volljährige Menschen, die erstmalig erkranken und dann oft direkt in der Erwachsenenpsychiatrie behandelt werden. Sie können jedoch zusätzlich auch besondere pädagogische und soziale Bedarfe haben, die für diesen Lebensabschnitt typisch sind, für die es in der

Erwachsenenpsychiatrie aber strukturell nicht immer die passenden Unterstützungsangebote gibt.

In zehn Fachvorträgen beleuchteten Expertinnen und Experten aus ganz Deutschland, wie die „Transition“, d.h. der Übergang zu einer erwachsenorientierten Versorgung bestmöglich gelingen kann. Im Fokus standen zunächst die Besonderheiten des Übergangs allgemein, bevor dann auf Zielgruppen mit besonderen Herausforderungen wie Suchterkrankungen, Autismus oder ADHS im Speziellen eingegangen wurde.



Im Bild (v.l.n.r.): Stefanie Krüger (Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Bezirketags) und Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirketags, mit Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, sowie Prof. Dr. Peter Zwanziger (Ärztlicher Direktor am kbo-Inn-Salzach-Klinikum und Moderator des Symposiums) mit Dr. Angela Städele (Ärztliche Bildungsreferentin im Bildungswerk Irsee) und Dr. Stefan Raueiser (Leiter des Bildungswerks) im Jüdischen Gemeindezentrum München.

„Durch Prävention, rechtzeitige Therapie und die Sicherstellung eines bedarfsgerechten, kontinuierlichen Übergangs der Unterstützungs- und Behandlungsangebote können schwere Krankheitsverläufe vermieden werden: Das ist nicht nur

für die betroffenen Menschen wichtig, auch gesamtgesellschaftlich profitieren wir davon“, betonte Verbandspräsident Franz Löffler. „Daher freut es mich, dass so viele Fachkräfte unserer Einladung gefolgt sind. Das zeigt für mich: Eine nahtlose Versorgung von jungen Menschen mit psychischen Erkrankungen sicherzustellen, ist für die Behandelnden an den Bezirkskliniken und im weiteren Versorgungssystem nicht nur eine berufliche Aufgabe, sondern auch eine Herzensangelegenheit.“

Das Symposium der Gesundheitsunternehmen der bayerischen Bezirke wird alle zwei Jahre veranstaltet.

Es wird gemeinsam vom Bayerischen Bezirketag, dem Spitzenverband der bayerischen Bezirke, und dem Bildungswerk Irsee organisiert. Finanziert wird es von den Gesundheitsunternehmen und Kliniken aller sieben bayerischen Bezirke. Die Moderation übernahm Prof. Dr. Peter Zwanzger, Ärztlicher Direktor und Chefarzt am kbo-Inn-Salzach-Klinikum Wasserburg am Inn.

Katharina Hering
Referentin Bayerischer Bezirketag
k.hering@bay-bezirke.de

Dr. Angela Städele
Ärztliche Bildungsreferentin
staedele@bildungswerk-irsee.de

Stolpersteine für Kloster Irsee

Ende Mai setzte Gunter Demnig erneut Stolpersteine vor der Fassade des Schwäbischen Tagungs-, Bildungs- und Kulturzentrums Kloster Irsee. Sie sind dem namentlichen Gedenken an acht Opfer der NS-„Euthanasie“ in der ehemaligen Heil- und Pflegeanstalt gewidmet. Für den Bayerischen Bezirketag sprach dessen zweite Vizepräsidentin, Barbara Holzmann, ein einfühlsames Grußwort.

Ella Banehr, Heinz Fuhse, Dominikus Harnauer, Elisabeth Kappestein, Erwin Leykauf, Christian Reddigan, Richard Scherer und Barbara Thiel wurden aus ganz unterschiedlichen Gründen und zu gänzlich verschiedenen Zeiten in die Heil- und Pflegeanstalt Kaufbeuren eingewiesen. Sie alle verbindet jedoch, dass sie ihre letzte Lebensspanne in der Zweigstelle Irsee verbrachten, wo sie in den 1940-er Jahren durch Vernachlässigung, Hungerkost, Medikamentengaben oder Verlegungen in die Gasmordanstalt Hartheim (in Oberösterreich, bei Linz gelegen) gewaltsam zu Tode kamen und somit im Zuge der NS-„Euthanasie“-Maßnahmen ermordet wurden.

Durch Recherchen (zuletzt: Dietmar Schulze, „Die Aussichten für die Zukunft Ihres Kindes sind leider ausserordentlich ungünstige.“ Kinder und Jugendliche

in der Heil- und Pflegeanstalt Kaufbeuren-Irsee 1940 bis 1945. Für das Bildungswerk des Bayerischen Bezirketags herausgegeben von Stefan Raueiser und Georg Lilienthal, Irsee 2025) und durch Nachforschungen von Angehörigen sind ihre ganz individuellen Lebenswege jetzt aufgearbeitet worden. Um ein dauerhaftes Andenken zu ermöglichen, hat der international tätige Künstler Demnig vor dem Irseer Konventgebäude die Gedenksteine gesetzt. Die zugehörigen Opfer-Geschichten sind veröffentlicht und können mit fünfzehn weiteren über die [Webseite des Kloster Irsee](#) eingesehen werden.

Am Vorabend der Denkmalsetzung fand zudem erstmals ein Symposium statt, um Angehörige, Historikerinnen und Historiker sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger aus der Umgebung miteinander ins Gespräch zu bringen. Diese Veranstaltung, so waren sich alle Beteiligten einig, soll unbedingt fortgesetzt werden.

Dr. Stefan Raueiser
Leiter Bildungswerk Irsee und Schwäbisches Bildungszentrum
stefan.raueiser@kloster-irsee.de